

der Republik. Damit wäre er zugleich oberster Chef der Geheimdienste. So hätte er gleich zweifachen Vorteil: Er brauchte sich nicht um den Verwaltungskram des Auswärtigen Amtes zu kümmern und hätte dennoch direkten Einfluß auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Strauß: Außenminister de Luxe.

Dann soll Schluß sein mit Hans-Dietrich Genscher's „Wischwaschi-Außenpolitik aus dem Zettelkasten der Uno“ (Strauß). Eine erste Amtshandlung hat er sich schon im Kreis von Vertrauten ausgedacht: „Zehntausend G3-Gewehre für Savimbi“, den Führer der antikomunistischen Guerilla-Bewegung in Angola. Das soll zeigen, wo es unter Strauß langgeht.

Das Kanzleramt nimmt Strauß' Andeutungen, daß er ein Bonner Amt übernehmen könnte, ernster als in der Vergangenheit. Früher habe ihn, so argumentiert man dort, seine Ehefrau Marianne gebremst, die strikt gegen einen Wechsel von München an den Rhein

war. Seit deren Tod und dem Hineinwachsen der Strauß-Kinder in eigene Lebensbereiche halte den 71jährigen immer weniger im – ihn unterfordernden – Amt des Ministerpräsidenten.

Als weiteres Indiz gilt der Zuschnitt des neuen bayrischen Kabinetts. Selbständige und gegebenenfalls auch aufbegehrende Minister wie Hans Maier seien geschäft, Strauß-Getreue wie Edmund Stoiber in Schlüsselpositionen gehievt worden. Als Nachfolger auf dem Sessel des Ministerpräsidenten kämen Max Streibl und Gerold Tandler in Betracht, beide enge Vertraute des CSU-Chefs.

Für eine Kampagne „Strauß nach Bonn“ spreche auch, daß der CSU-Chef im Rest des Bundesgebiets als Buhmann ausgedient habe, was seine Sympathiewerte bei Umfragen zeigten. Nach acht Jahren als Ministerpräsident sei, so die Ansicht von Kohl-Mitarbeitern, das Strauß-Bild „geläutert“, viele Wähler schreckten nicht mehr vor Strauß zurück. Es gebe vielmehr eine Stimmung

zu sagen: „Wenn der Strauß nach Bonn kommt, also los, dann wählen wir ihn.“

Nach außen tut Kohl, als wolle er keine absolute Mehrheit. Parteifreunden gegenüber betont er die Risiken einer knappen CDU/CSU-Mehrheit, etwa bei der Kanzlerwahl oder bei im eigenen Lager umstrittenen Gesetzesvorhaben. Im übrigen sei die Union langfristig in Bund und Ländern auf die FDP als Mehrheitsbeschafferin angewiesen.

In Wahrheit aber reizt auch Kohl – „Stichwort Denkmalspflege“ (ein CDU-Minister) – der Gipfel der Popularität; er will beides: die absolute Mehrheit und die Koalition mit der FDP. Im engsten Kreis hat er bereits überlegt, daß er bei nur knapp über 50 Prozent der Mandate die FDP bitten könnte, mit ihrem Gesetz zu brechen, niemals als Partner für eine Partei mit absoluter Mehrheit zur Verfügung zu stehen. Die Ausnahme von der Regel ließe sich mit der Schwere der vor der nächsten Regierung liegenden Aufgaben begründen.

„Sonst schaffen die Rechten den Durchmarsch“

Die SPD in der Krise: Mehr Bangen als Hoffen vor dem 25. Januar

Eigentlich müsse jetzt die gesamte SPD-Führung zurücktreten, meinte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, und ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Doch da spiele ja wohl Parteikassierer Hans Matthöfer nicht mit. Der rief: „O Gott, o Gott“, er hatte gerade erst zwei teure Parteitage in Nürnberg (August) und Offenburg (Oktober) bezahlt.

So geschehen am vorigen Montag zu Beginn der Präsidiumssitzung der SPD, deren Hamburger Spitzenmann Klaus von Dohnanyi als Favorit in den Ring geklettert und nach Schließung der Wahllokale ausgezählt worden war. Brandts Worte kamen so an, wie sie gemeint waren: als Scherz und Ironie. Die tiefere Bedeutung der lockeren Rede ging den meisten erst später auf.

Zehn Wochen vor der Bundestagswahl steht die älteste deutsche Partei vor einem Scherbenhaufen. Fest steht bereits: Sowohl der Kanzlerkandidat Johannes Rau als auch die Parteiführung mit Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel kommen nicht unbeschädigt davon. Die Partei trudelt, niemand weiß, wie der Sturz abgefedert werden könnte.

Bloßgelegt ist ein absurdes Szenario: Eine große Partei hat sich, aus einem Glücksgefühl über hohe Wahlerfolge an der Saar und in Nordrhein-Westfalen, einen Spitzenkandidaten gekürt, der nur mit einer absoluten Mehrheit der Wählerstimmen ins Bonner Kanzleramt einzuziehen gedenkt. An dieser Bedingung ließ er nicht rütteln.

Dies Wahlziel war von Anbeginn an Illusion – schon statistisch: Noch nie bei Bundestagswahlen hat eine Partei ein



SPD-Chef Brandt, Vize Rau: „Den Kandidaten nehmen, wie er ist“

Stimmenplus von mehr als zehn Prozent geschafft; überhaupt nur einmal, und das nicht von der Oppositionsbank, erreichte eine Partei, 1957 die CDU/CSU, die absolute Mehrheit – damals war Konrad Adenauer auf dem Höhepunkt seines Ansehens.

Jetzt gehen die Chancen der SPD und ihres Kandidaten, die Regierung Kohl/Genscher abzulösen und die Wende rückgängig zu machen, gegen Null. Der

Traum des Johannes Rau von einer absoluten Mehrheit könnte sich demgegenüber am 25. Januar in einen Triumph des Helmut Kohl verkehren.

Die Reformpartei, die unter Willy Brandt im Jahre 1972, dem besten ihrer jetzt 120jährigen Geschichte, über 45 Prozent der Stimmen abkämpfte, läuft unter dem Kandidaten Rau 15 Jahre später Gefahr, sich im Dreißig-Prozent-Turm einzumauern, von der Volkspartei

zu einer Gesellschaft zur Rettung schiffbrüchiger Sozis zu schrumpfen.

Nach den Ereignissen der letzten Woche scheint nichts unmöglich. Die Debatte im SPD-Präsidium am letzten Montag zeigte es.

Alle Präsidien redeten, bekundeten dem Spielführer aus Wuppertal ihre Loyalität und forderten ihn auf, ja nicht vom Platz zu gehen. Das hinderte sie jedoch nicht, Raus Wahlziel der absoluten Mehrheit zu variieren, ja: für obsolet zu erklären.

Brandt verlangte „eine deutliche Reaktion“. Den „Durchmarsch“ der Schwarzen zu verhindern, das müsse „ein Wahlziel“ sein. Deswegen müsse Rau viel stärker als bisher dem amtierenden Kanzler gegenübergestellt werden. Der SPIEGEL etwa habe mit seinem Titel über Kohls „Newsweek“-Affäre (46/1986) neuen Stoff geliefert. Und die Partei müsse noch mehr als bisher Johannes Rau helfen.

Deutlicher wurde Vogel. Es sei notwendig, daß die SPD „das Ziel der absoluten Mehrheit“ als „in die Ferne gerückt“ akzeptiert. So könne vielleicht die eigene Anhängerschaft zu einer „Trotzreaktion“ mobilisiert werden. Der Wille, soviel Stimmen wie möglich zu „erreichen“, sei gefragt mit der Zielvorgabe, „eine Mehrheit Kohls oder gar eine absolute Mehrheit der Union zu verhindern“.

Erhard Eppler kommentierte Raus Credo, auf keinen Fall mit Hilfe grüner Stimmen Kanzler werden zu wollen, spitz: Es gebe derzeit zwar „eine linke Mehrheit für die Lösung von Sachfragen, nicht aber eine Mehrheit für eine linke Regierung“.

Hessens rot-grüner Regierungschef Holger Börner traute sich, das „Dilemma der SPD“ beim Namen zu nennen: Es gebe „zwei Strömungen“ unter einem Dach. Die hessische Partei habe das Glück gehabt, sich einheitlich auf Regieren mit den Grünen verständigen zu können. Sein Rat für die Bundestagswahl: „Jetzt werden nicht die Ohren eingerollt, jetzt wird mit dem Fuß aufgestampft.“

„Leute, beißt euch nicht an dem 25. Januar fest“, riet dann Eppler, die Weltgeschichte gehe auch nach einer SPD-Niederlage weiter. Soll heißen: Ihm und anderen mag es reichen, eine Wahlkatastrophe zu verhindern, damit am 26. Januar die Nach-Rau-Ära unter halbwegs erträglichen Bedingungen beginnen kann.

Rau hörte die Botschaft wohl, allein ihm fehlten Mut oder Entschlossenheit, die Kanzlerkandidatur niederzulegen. Statt dessen beschied er sich mit dunklen Andeutungen – zu vage, um als Kündigung verstanden, zu deutlich, um als Warnung überhört zu werden.

„Rot-grün“ sei mit ihm nicht zu haben, auch keine „Haß aufwirbelnden Reden“. Probleme sehe er „in der Art“, wie die Nürnberger Parteitagebeschlüsse



zugespitzt werden sollten, mit denen er „insgesamt übereinstimme“. Nicht alle Beschlüsse müßten „gleichzeitig auf den Tisch“, und es gebe schließlich auch manche Positionen, die er „nicht für mehrheitsfähig“ erachte.

Für ihn stelle sich die Frage, ob das Präsidium ihm auch nach verllorener Wahl noch das Vertrauen schenke, denn die Partei brauche eine Perspektive „über den Januar 1987 hinaus“. Das Hamburger Desaster sei ihm kaum zuzuschreiben, aber wenn man „die Tiefe des Einschnitts“ so dramatisch einschätze, müsse er fragen, „ob die Gesamtkonstruktion“ noch stimme, mit ihm als Kanzlerkandidaten anzutreten: Persönliche Konsequenzen seien zu bedenken.

Willy Brandt schloß die brisante Diskussion und bat Rau, Kandidat zu bleiben, so schwer es ihm auch fallen möge. Er stelle es seinem Vize anheim, einen Wahlkampfleiter seines Wunsches zu benennen, auch neben Geschäftsführer Peter Glotz. Auf jeden Fall müsse das Kompetenzgerangel zwischen der Bonner SPD-Zentrale und den Rau-Vertrauten Wolfgang Clement und Bodo Hombach, dem nordrhein-westfälischen Landesgeschäftsführer und Manager des Landtagswahlsieges, ein Ende haben.

Und da, es war zwei Minuten vor zwölf, High-noon in Bonn, war für den SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement, Raus Vertrauten, das Stichwort gefallen. Er hatte diesen Ablauf vorausgeahnt und schon in der Nacht zuvor seine Kündigung geschrieben. Den Brief trug er bei sich – und behielt ihn auch. Denn eine mündliche Erklärung vor dem Präsidium, dessen hatte er sich versichert, trägt offiziellen Charakter.

Die SPD, hob der Parteisprecher an, habe in Hamburg eine „katastrophale

Niederlage“ hinnehmen müssen. Jetzt komme es – damit bestätigte er Willy Brandt – darauf an, die CDU/CSU-Mehrheit zu verhindern. Dies zwingt die SPD in eine „klassische Oppositionsrolle“, ein „Kanzlerkandidat“ verbiete sich dann schon nach den Gesetzen der Logik. Für die eingeforderte „Polarisierung“ aber sei Johannes Rau „sowohl inhaltlich als auch formell“ nicht in der Lage, befand der gelernte Journalist, seit 1981 Parteisprecher.

Rau – so Clements Furcht – würde zu „einer Randfigur“ werden, sei ja in den letzten Wochen schon „an den Rand gedrängt worden“. Wenn sich die SPD auf der nächstniedrigeren Stufe eines Wahlzieles einrichte, beende sie ihren Anspruch auf Machtwechsel; mithin sei „Johannes Rau fehl am Platz“. Deshalb müsse die gesamte Wahlkampfleitung zurücktreten. Er mache hiermit den Anfang.

Der Eklat war da, die Diskussion über die Spitzenleute der SPD eröffnet. Denn Clement hatte, das war allen klar, mit seiner Demission dem Zauderer Rau den Weg zeigen wollen, gleichfalls sein Amt niederzulegen und sich fortan als Düsseldorf Ministerpräsident um die Rettung der sozialdemokratischen Bastion Nordrhein-Westfalen zu kümmern.

Er wollte Rau davor bewahren, sich rettungslos in der Falle zu fangen, in der er eingeklemmt ist: für eine zur Niederlage verdamnte Partei den Zählkandidaten abzugeben, um nach der Bundestagswahl öffentlich zum Verlierer gebrandmarkt zu werden. Rasch könne er dann seine Qualifikation als NRW-Regent und aussichtsreichster Nachfolger Brandts einbüßen.

Und er wollte seine Partei davor bewahren, in jener Falle auszuharren, in

die sie selbst mit ihrer Kandidatenentscheidung getappt war: Rau wollte eigentlich und will immer noch der CDU in der Mitte des Parteienspektrums bürgerliche Wähler abwerben. Doch damit verprellt er linke Wähler, die sich nun lieber den Grünen zuwenden.

Zugleich machte Clement mit dem Rücktritt deutlich, ihm könne nicht länger zugemutet werden, zwei Herren zugleich zu dienen: Willy Brandt und Johannes Rau. Der eine, als Vorsitzender gezwungen, beide Flügel – die Befürworter und die Gegner rot-grüner Bündnisse – zusammenzubinden; der andere, Protagonist der Abgrenzung zu den Alternativen.

Immer häufiger hatte der Parteivorsitzende in den vergangenen Monaten über mangelnde Resonanz sozialdemokratischer Aktivitäten geklagt. Schuld lud er den Medien auf, die Aussagen der SPD, etwa zum Apartheidsregime in Südafrika, bestenfalls unter ferner liefen brächten. Intern machte der Parteipatriarch aber klar, daß auch der zahme Rau ein gehörig Maß an Verantwortung für die mangelnde Beachtung trage. „Ich muß den Kandidaten so nehmen, wie er ist“, nörgelte Brandt vor Vertrauten.

Er ärgerte sich, wenn Rau im Präsidium Klage darüber führte, daß viele ausländische Zeitungen „überwiegend negativ“ über die SPD-Sicherheitspolitik berichteten. Brandt spürte sehr genau, wie schwer sich der Düsseldorfer mit der – so der CDU-Slogan – „Nebenaußenpolitik“ der SPD tat, etwa mit Initiativen zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der SED, die in einen Vertragsentwurf zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone und eines atomwaffenfreien Korridors in Europa mündeten, letzteres aber – auf Raus Betreiben – nur als Grundsatzerklärung vereinbart.

Rau hielt auf Distanz: Nicht mit Westeuropäern und Amerikanern über Kreuz zu geraten war dem Kandidaten wichtiger als ein Signal, auch aus der Opposition heraus könne die SPD aktive Friedenspolitik betreiben.

Verbittert und verunsichert hat den Kandidaten vor allem, daß und wie Willy Brandt das hochgesteckte Wahlziel schon früh in Frage stellte – mit seiner Bemerkung, ein Wahlergebnis von 43 Prozent für die SPD sei doch auch „ein schöner Erfolg“.

Diese Aussage habe, so sieht es Rau heute, zu „einem Bruch“ in seinem Wahlkampf geführt, vor allem, weil Bundesgeschäftsführer Glotz diese Zahl „als Weisung“ verstanden, sie interpretiert und damit beim Publikum „eingekehrt“ habe. Derzeit liegt auch diese Kerbe noch zu hoch; Würdenträger der Partei, der Chef gar selbst, sehen jene 43 Prozent jetzt als Traummarke für den 25. Januar. Bloß Menschenfischer Rau mag so etwas nicht wahrhaben.

Daß es entgegen allen öffentlichen Beteuerungen zwischen Brandt und Rau knirscht, zeigte sich auch auf dem Wahl-



Rau-Wahlmanager Matthiasen, Glotz: „Rau kann das nicht bringen“

kampfkongress in Offenburg, wo es im Parteirat beinahe zum Krach gekommen wäre. Rau hatte Brandts Bemerkung, wenn die SPD keine eigene Mehrheit schaffe, „müssen wir über andere Möglichkeiten nachdenken“, als Öffnung zu den Grünen verstanden. Der Kandidat antwortete vom Katheder herab: „Alle, die mich zur Kandidatur gedrängt haben, wußten vorher, daß dieses mit mir nicht zu machen ist.“

Raus Kritik zielt auf die Führungsfähigkeit Brandts, wenn er – wie am Sonntagabend nach dem Hamburg-Desaster – eine Liste angeblich schwerwiegender Fehler und Versäumnisse aufmacht. Im Beisein von Brandt und Vogel nannte Rau den Jubelparteitag von Nürnberg „verheerend“. Denn dort seien Dinge beschlossen worden, „die wir gar nicht so umsetzen wollen und können“, speziell in Sachen Kernenergie und Sicherheitspolitik.

Raus Meinung: Die Partei treibe bei der Kernenergie eine „unehrliche Politik“. Sie habe „Resolution um Resolution gegen Cattenom verfaßt, aber als ich eine Erklärung gegen das Einschalten der zwei Reaktoren in Tschernobyl machen wollte, wurde mir abgeraten, weil wir gerade wieder mal Verhandlungen mit den Sowjets hatten“.

Den Beschluß, binnen zehn Jahren aus der Kernenergie auszusteigen, hält der Kandidat für „verlogen“. Allein das Abschalten eines Reaktors, so rechnete er vor, könne inklusive Schadenersatz bis zu sechs Milliarden Mark kosten.

In der Sicherheitspolitik der SPD vermißt er die Sicherheit. Ihn habe, berichten Vertraute Raus, bekümmert, daß ihm bei seinem jüngsten Besuch in Paris

von seinen Gastgebern der Widerspruch vorgehalten wurde, die SPD fordere seit Jahren den Abbau auch der französischen Atomwaffen, Michail Gorbatschow aber habe deren Existenz hingenommen.

Nachdem er dort sein Sprüchlein ausgesagt habe, er gehe nicht mit den Grünen zusammen, sei er erschrocken. Der Kandidat: „Die verstehen unsere Rot-Grün-Diskussion gar nicht, denn die halten uns schon für grün.“ Die SPD gerate nicht nur im Bündnis, sondern auch unter den sozialistischen Parteien im Westen allmählich in die „Isolation“.

Der Herausforderer ist weiterhin überzeugt, nur mit Hilfe eines tiefen Einbruchs in bürgerliche Schichten Wahlen bestehen zu können. Wie er damit verhindert, daß – wie in Hamburg – SPD-Wähler zu Hause bleiben und die Grünen bei den Sozialdemokraten Stimmen fischen, dieses Geheimnis verrät er nicht.

Raus Kampagne orientiert sich, soviel wird immer deutlicher, an Stil und Inhalt des Wahlkampfes von SPD-Kanzler Helmut Schmidt: Gewählt werden soll die Person Rau, nicht die Partei SPD.

Brandt will diesen Schwenk in eine Vergangenheit, die er nach dem Abgang seiner Intimfeinde Herbert Wehner und Helmut Schmidt überwunden glaubte, nicht mitmachen. Vor der Bundestagsfraktion schrieb er am Dienstag seine Linie fest. Es müsse klar bleiben, „daß am Kurs von Johannes Rau und unseren damit verbundenen Beschlüssen insoweit nichts zu ändern ist. Dies gilt aber umfassend, denn auch die Beschlüsse von Nürnberg und das Programm von Offenburg stehen nicht zur Disposition“.

Da gab es unter den Genossen heftige Kritik. Viele Abgeordnete warfen Brandt vor, er habe eigenmächtig die Meßlatte für die Bundestagswahl tiefer gelegt. Der baden-württembergische Spitzenkandidat Dieter Spöri: „Man kann die Partei nicht einem Wechselbad aussetzen, zuerst die tollkühne Zielsetzung ‚absolute Mehrheit‘ formulieren für die SPD und sich dann mit der Verzagt-heit bescheiden, die absolute Mehrheit der Union zu verhindern. Dafür läßt sich kein Hund hinterm Ofen vorlocken.“

Deutlich setzte sich damit die Fraktionsmehrheit von der Linie des Parteivorstandes ab. Dort wurden am Abend zuvor der Kandidat und sein Regierungs-

freilich kein Alleingang Brandts. Vielmehr hatten am Nachmittag des Hamburger Wahlsonntags die Mitglieder der Wahlkampfleitung unter dem Vorsitz von Peter Glotz alternative Erklärungen für unterschiedliche Resultate vorformuliert. Dazu gehörte auch ein „Szenario III“ für den Fall, daß die Sozis ihre absolute Mehrheit verlieren und nur noch die stärkste Fraktion stellen – ein Endergebnis noch hinter der Union hatte sich niemand vorstellen können.

Diese Papiere waren den drei Spitzensozis zugestellt worden. Johannes Rau meldete keine Bedenken an, auch nicht gegen die entscheidende Passage im Niederlagen-Szenario: „Wenn wir jetzt nicht

seiner Führung nun wirklich nicht alles nach Plan lief.

Im Rückblick erscheint das SPD-Tief kurz vor der Bundestagswahl als beinahe zwangsläufige Folge von konzeptionellen Ungereimtheiten, strategischen Halbherzigkeiten und personellen Querelen. Und etwas Pech kam noch dazu.

Zuerst, nach der verlorenen März-Wahl 1983, hatte sich alles überraschend gut angelassen. Fast überall legten die Sozis in Landtagswahlen kräftig zu, während die Union Verluste buchte. Parteichef Brandt konstatierte zufrieden: „Die Partei ist nicht in das Loch gefallen, das uns manche prophezeit haben.“

Als im Mai 1985 Johannes Rau mit seinem furiosen Sieg in Nordrhein-Westfalen die Unionschritten in Depressionen stürzte, schien plötzlich Unmögliches möglich zu werden: die Rückkehr zur Macht in Bonn.

An dem Düsseldorfer Triumphator führte, so schien es, kein Weg vorbei, obwohl Rau selbst lieber seinen Sieg in Ruhe genossen hätte, ist ihm doch der Bonner Politbetrieb längst zuwider.

Kaum war der Nolens-volens-Kandidat gekürt, fielen die Genossen in einen tiefen Erholungsschlaf, während die gebeutelte Union ordentlich klotzte.

Selbstkritisch räumte Raus Helfer Hombach Ende letzten Jahres ein: „Wir haben uns nach der großen Anstrengung in Nordrhein-Westfalen zu lange durchhängen lassen.“ Und fügte gleich keß hinzu, CDU-Generalsekretär Heiner Geißler habe „die schönsten drei Monate seines Wahlkampfes hinter sich“.

Einer Infratest-Untersuchung über die Startpositionen ein Jahr vor der Bundestagswahl hatten die Genossen zwei frohe Botschaften entnommen: zum einen die im Vergleich zu Kanzler Kohl überaus positive Bewertung des Kandidaten Rau; zum anderen die Feststellung, daß angesichts der gestiegenen Zahl von potentiellen Wechselwählern keineswegs allein die Union, sondern auch die SPD unter optimalen Bedingungen auf über 50 Prozent kommen könnte.

Das war der Stoff, aus dem Ruhrpott-Funktionär Hombach und sein Bonner Kompagnon Wolfgang Clement Wahlkämpfe machen wollten: Im direkten Duell mit Malus-Kanzler Kohl, dem „größten Handicap der Union“ (Hombach), sollte Bruder Johannes stracks auf die absolute Mehrheit lossteuern und sich dabei, wie in Düsseldorf, auf keinerlei Diskussionen über rot-grüne Konstellationen einlassen. Der für Rau konsequente Ausdruck dieser Strategie war die Aussage, er stehe als Kanzler nicht zur Verfügung, wenn er dazu grüne Stimmen brauche.

In seinem Heimatland, wo er allorts bekannt ist wie ein bunter Hund und wo ihm in Gestalt der Kohl-Kreatur Bernhard Worms ein hilfloser Herausforderer gegenüberstand, hatte sich ein Wahlkampf des Alles-oder-Nichts angeboten –



Rau-Wahlmanager Clement, Hombach: Rücktritt in Bonn, Wahlkampf in Düsseldorf

programm für tabu erklärt. Allerdings sollte Raus illusionäres Wahlziel einer „eigenen Mehrheit“ begraben werden.

Und mehr noch: „Wir müssen polarisieren“, verlangte der Bremer Bürgermeister Henning Scherf. „Unsere Leute wollen jetzt in Kampfesstimmung gebracht werden. Gefragt ist jetzt einer, der dem Geißler die Zähne zeigt.“

„Wenn ihr das Zentrum der SPD, die Arbeitnehmer, mobilisieren wollt“, so auch der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Rudolf Dressler, „dann müßt ihr zuspitzen und verschärfen.“

Matte Einwände von Klaus Matthiesen, Landwirtschaftsminister in Düsseldorfs Rau-Kabinett und enger politischer Berater des Kandidaten, waren nicht gefragt. Er kennt seinen Rau: „Das ist ein Mensch, der kann das, was ihr da fordert, überhaupt nicht bringen.“

Was Johannes Rau im SPIEGEL-Gespräch nun eine „Reduktion“ des Wahlziels (siehe Seite 24) nennt, war diesmal

aufpassen, dann schaffen die Rechten in Bonn den Durchmarsch.“

Nachdem Dohnanyis Debakel feststand, gab es Rangelei unter den Führungsgenossen, wer den Journalisten den ersten Kommentar diktieren sollte. Rau, das war klar, sollte nicht unmittelbar mit der Hamburger Niederlage identifiziert werden. Brandt konnte sich darauf berufen, daß er in der TV-Runde der Parteivorsitzenden an der Reihe sei. Da blickten alle auf Vogel, der sich lautstark wehrte: „Ich habe keine Lust, immer die schlechten Ergebnisse vorzutragen.“

So wurde als Bote des Unheils Peter Glotz ausgeguckt, der vor dem unangenehmen Gang ausdrücklich ankündigte, er werde den allseits bekannten Text der dritten Variante mitteilen. Erneut kein Widerspruch.

Doch kann Brandt in diesem Punkt seinen Genossen an der Basis belegen, daß er den Kandidaten nicht im Stich ließ, so muß er sich anlasten lassen, daß in den Monaten zuvor in der Partei unter

Rau regierte immerhin schon fünf Jahre lang mit der absoluten Mehrheit der Mandate. Die Problematik für Bonn aber zeigten die nächsten Zwischenergebnisse aus Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern auf.

Bei der Wahl zum Landtag in Hannover brachte Raus Kompromißlosigkeit den niedersächsischen Spitzenmann Gerhard Schröder in die Bredouille. Weil er die Absage des Kanzlerkandidaten an die Grünen nicht konterkarieren durfte, eierte Schröder lange herum und fand schließlich zum kleinsten Nenner: Er habe keine Einwände, wenn ihm die Alternativen hülfe, Chef einer Minderheitsregierung zu werden.

Trotz satter SPD-Gewinne und herber CDU-Verluste am 15. Juni reichte es dann nicht ganz: Niedersachsen war ein Wahlerfolg, von dem die SPD sich nicht mehr erholte. Daß Christdemokrat Ernst Albrecht, wenn auch mit FDP und nur

einer Stimme Mehrheit, weiterregieren konnte, hat, so Hans-Jochen Vogel, „die Stimmung gedreht“.

Von da an ging's bergab – etwa in Bayern, wo eine traditionell schwache SPD weiter, auf 27,5 Prozent, sackte und speziell in Großstädten wie München zuhauf Wähler verlor. Und seit Hamburg darf sich der Wähler aussuchen, was die Partei will: nach Brandt eine schwarze Republik verhindern oder nach Rau eine sozialdemokratische Mehrheit erkämpfen.

Der geordnete Rückzug wird freilich vorbereitet. In den zehn Wochen bis zum Wahltag will Rau das Kunststück vollbringen, zwei Wahlkämpfe gleichzeitig zu absolvieren: Bundesweit tritt er unter Assistenz von Bundesgeschäftsführer Glotz in einer thematisch zugespitzten Kampagne für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Abrüstung ein: Aussitzer Kohl raus, Reformier Rau rein.

In Nordrhein-Westfalen kämpft er mit Clement und Hombach – dort bleiben sie in Hilfestellung – um seine Reputation als Ministerpräsident für die Tage nach der Wahl.

Mehr als 200 Telegramme und Briefe hat Bodo Hombach in den letzten Tagen gezählt, alle voller Zustimmung für einen Rau-Wahlkampf an Rhein und Ruhr, in dessen Mittelpunkt der Landesvater und seine Landeskinder stehen sollen. „Einer von uns wird Kanzler“, lautet ein Arbeitstitel für einen NRW-Slogan.

Wenigstens ihr heimliches Wahlziel wollen die Reviersons mit der 1,5 Millionen Mark teuren Sonderkampagne erreichen: Keinesfalls soll die Rhein-Ruhr-SPD am Abend des 25. Januar nach Plus oder Minus schlechter abschneiden als die hessischen Genossen, die seit gut drei Jahren mit den Grünen regieren.

„Es ist drin, bundesweit vorn zu sein“

SPIEGEL-Gespräch mit SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau über seine Wahlchancen und die Krise seiner Partei

SPIEGEL: Herr Rau, kommen Sie sich nicht ein bißchen lächerlich vor, wenn Sie nach der Wahlkatastrophe von Hamburg immer noch verkünden, spätestens im März werde der Bundeskanzler Johannes Rau seine Regierungserklärung abgeben? Johannes der Träumer oder Johannes der Täuscher?

RAU: Ich vergleiche mich nicht mit anderen, aber von den Träumen der

Realisten habe ich immer viel gehalten. Ich halte das Ziel für erreichbar, wenn alle mittun, die das mit uns wollen. Je niedriger man seine Ziele setzt, desto weniger Chancen hat man, sie zu erreichen.

SPIEGEL: Das ist die Rausche Relativitätstheorie.

RAU: Jedenfalls ist es ein politischer Erfahrungssatz.

SPIEGEL: Aber umgekehrt gilt doch auch: Je ferner das Ziel erscheint, desto

weniger werden diejenigen motiviert, die daran glauben sollen.

RAU: Wo ich in der Bundesrepublik Gelegenheit zu Gesprächen mit Bürgern habe, entdecke ich keine Resignation und keine Demotivation, sondern eine große Bereitschaft, mitzutun.

SPIEGEL: Und in der SPD?

RAU: Es wird darauf ankommen, ob die, die in der SPD arbeiten, sich als Schalldämpfer verstehen oder als Ver-

* Mit den Redakteuren Klaus Wirtgen und Hartmut Palmer im Bonner SPIEGEL-Büro.



Rau (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich halte das aus – bis zum Wahltag und darüber hinaus“